

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Funktionsfähigkeit der Rechtspflege in Bremen und Bremerhaven sicherstellen

Die Justiz gehört zum Kernbereich staatlicher Tätigkeit. Die Aufgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind wesentlich durch Gesetze festgelegt. Der Geschäftsanfall in der Justiz kann von Richtern und Staatsanwälten nur begrenzt gesteuert werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf zeitnahe Gerichtsurteile und zügige Ermittlungsverfahren. Bedingt durch Personalmangel, eine hohe Personalfuktuation und zusätzliche Aufgabenwahrnehmung ist in den letzten Jahren der Eindruck entstanden, dass die Funktionsfähigkeit der Justiz in Bremen ernsthaft in Gefahr ist. Nunmehr haben die Gerichtspräsidenten und die Generalstaatsanwältin Alarm geschlagen und haben weitere angekündigte Personaleinsparungen als unverantwortlich angesehen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch waren die Verfahrenseingänge und -erledigungen sowie die durchschnittliche Verfahrensdauer aller Erledigungen in den Jahren 2008 bis 2010
 - a. bei der Staatsanwaltschaft Bremen
 - b. jeweils bei den Amtsgerichten Bremen, Bremen-Blumenthal und Bremerhaven in
 - (1) Zivilsachen
 - (2) Zwangsvollstreckungssachen
 - (3) Zwangsversteigerungssachen
 - (4) Nachlasssachen
 - (5) Insolvenzsachen
 - (6) Betreuungssachen
 - (7) Familiensachen
 - (8) Mahnsachen
 - (9) Grundbuchsachen
 - (10) Registersachen
 - (11) Strafsachen – Erwachsene
 1. davon: Strafrichter
 2. davon: Schöffengericht
 3. davon: Bußgeldsachen
 - (12) Strafsachen Jugendgericht
 1. davon: Jugendrichter
 2. davon: Jugendschöffengericht
 3. davon Bußgeldsachen
 - c. beim Landgericht Bremen,

- (1) 1. Instanz, in Zivilsachen
 - (2) 2. Instanz, in Zivilsachen
 - (3) 1. Instanz in Strafsachen – Erwachsene
 - (4) 2. Instanz in Strafsachen
 - (5) 1. Instanz, Jugendkammer
 - (6) 2. Instanz, Jugendkammer
 - d. beim Oberlandesgericht Bremen
 - (1) in Zivilsachen
 - (2) in Strafsachen
 - e. beim Sozialgericht Bremen
 - f. beim Landessozialgericht Bremen/Niedersachsen
 - g. beim Arbeitsgericht Bremen
 - h. beim Landesarbeitsgericht Bremen
 - i. beim Verwaltungsgericht Bremen
 - j. beim Oberverwaltungsgericht Bremen
 - k. Finanzgericht
2. Wie hoch waren die Verfahrenseingänge und –erledigungen zu 1.)
- a. je Richter bzw. Staatsanwalt
 - b. je Rechtspfleger
 - c. je Servicemitarbeiter
3. Wie hoch waren die Verfahrenseingänge und -erledigungen sowie die durchschnittliche Verfahrensdauer aller Erledigungen zu 1.) und 2.) jeweils in den Jahren 2008 bis 2010 im Bundesdurchschnitt und welchen Platz belegt Bremen jeweils im Bund-Länder-Ranking?
4. Wie hoch waren die Bestandszahlen in den Jahren 2008 bis 2010 bei den unter 1.) genannten Institutionen in Bremen und wie hoch waren im Vergleich dazu die Bestandszahlen im Bundesdurchschnitt. Welchen Platz belegte Bremen in den Jahren 2008 bis 2010 im Bund-Länder-Ranking?
5. Wie hoch ist die Anzahl der Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Bremen, die in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils wie folgt abgeschlossen wurden:
- a. Einstellung nach
 - (1) § 170 Abs. 2 StPO
 - (2) § 153 StPO
 - (3) § 153 a StPO
 - (4) § 154 StPO
 - (5) § 45 JGG
 - b. Anklageerhebung
 - (1) zum Amtsgericht – Erwachsenenstrafsachen
 - (2) zum Amtsgericht – Jugendgericht
 - (3) zum Landgericht - Erwachsenenstrafsachen
 - (4) zum Landgericht - Jugendkammer
 - c. Strafbefehlsantrag
 - d. Antragsschrift im beschleunigten Verfahren gem. § 417 StPO

- e. Antragsschrift im vereinfachten Verfahren gem. § 76 JGG
 - f. Antragsschrift im Sicherungsverfahren nach § 413 ff StPO
 - g. sonstige Einstellungen
6. Wie sehen die bundesweiten Vergleichszahlen zu 5.) aus und welchen Platz belegte Bremen jeweils im Bund-Länder-Ranking?
7. Wie hoch ist die Anzahl der Verfahren, die beim Amtsgericht Bremen (Strafsachen Erwachsene) in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils wie folgt abgeschlossen wurden:
- a. Urteil
 - (1) mit Freispruch
 - (2) mit Geldstrafe
 - (3) mit Freiheitsstrafe mit Bewährung
 - (4) mit Freiheitsstrafe ohne Bewährung
 - b. Einstellung nach
 - (1) § 153 Abs. 2 StPO
 - (2) § 153 a Abs. 2 StPO
 - (3) § 154 Abs. 2 StPO
 - (4) Sonstige Einstellungen
8. Wie hoch ist die Anzahl der Verfahren, die beim Amtsgericht Bremen (Strafsachen Jugendgericht) in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils wie folgt abgeschlossen wurden:
- a. Urteil mit
 - (1) Freispruch
 - (2) Geldstrafe
 - (3) Erziehungsmaßregeln
 - (4) Zuchtmitteln
 - 1. davon Jugendarrest
 - (5) Jugendstrafe mit Bewährung
 - (6) Jugendstrafe ohne Bewährung
 - b. Einstellung nach
 - (1) § 153 Abs. 2 StPO
 - (2) § 153 a Abs. 2 StPO
 - (3) § 154 Abs. 2 StPO
 - (4) § 47 JGG
 - (5) Sonstige Einstellungen
9. Wie hoch ist die Anzahl der Verfahren, die beim Landgericht Bremen (Strafsachen Erwachsene getrennt nach 1. und 2. Instanz) in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils wie folgt abgeschlossen wurden:
- a. Urteil
 - (1) mit Freispruch

- (2) mit Geldstrafe
- (3) mit Freiheitsstrafe mit Bewährung
- (4) mit Freiheitsstrafe ohne Bewährung

b. Einstellung

- (1) nach § 153 Abs. 2 StPO
- (2) nach § 153 a Abs. 2 StPO
- (3) nach § 154 Abs. 2 StPO
- (4) Sonstige Einstellungen

10. Wie hoch ist die Anzahl der Verfahren, die beim Landgericht Bremen (Jugendkammer – getrennt nach 1. und 2. Instanz) in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils wie folgt abgeschlossen wurden:

a. Urteil

- (1) mit Freispruch
- (2) mit Geldstrafe
- (3) Erziehungsmaßregeln
- (4) Zuchtmitteln
 - 1. davon Jugendarrest
- (5) mit Freiheitsstrafe mit Bewährung
- (6) mit Freiheitsstrafe ohne Bewährung

b. Einstellung nach § 153 Abs. 2 StPO

c. Einstellung nach § 153 a Abs. 2 StPO

d. Einstellung nach § 154 Abs. 2 StPO

e. Sonstige Einstellungen

11. Wie hoch ist die Verurteilungsquote bezogen auf alle Verfahrenseingänge in Bezug auf 7.) bis 10.)?

12. Wie hoch ist die Urteils- und Vergleichsquote an den unter 1 b. (1), c. (1) und (2), d. (1.), e bis k.) genannten Gerichte bezogen auf die Jahre 2008 bis 2010 jeweils, wie sehen im Vergleich dazu die Urteils- und Vergleichsquoten im Bundesdurchschnitt in den jeweiligen Jahren aus und welchen Platz belegt Bremen im Bundesländer-Ranking?

13. Wie hoch war bei den unter 1.) genannten Gerichten und der Staatsanwaltschaft die Personalservicequote in den jeweiligen Jahren und wie lag diese jeweils im Bundesdurchschnitt. Auf welchem Platz lag Bremen in den jeweiligen Jahren im Bundesländer-Ranking?

14. Nach welchen Kriterien nimmt der Senat die Personalbedarfsberechnung an den Gerichten und Staatsanwaltschaften vor? Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang Pebb§i zu? Legt der Senat bei der Personalbedarfsberechnung Pebb§i zugrunde, wenn nein, warum nicht? Sind Veränderungen bzw. Neuberechnungen der Beurteilungsgrundlagen geplant, wenn ja, welche? Welcher zusätzliche Personalbedarf würde sich für die einzelnen Gerichte und die Staatsanwaltschaft nach Pebb§i ergeben?

15. Wie haben sich die Krankenstände an den unter 1 a.) genannten Gerichte und der Staatsanwaltschaft in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils entwickelt?
16. Wie hoch ist die Anzahl derjenigen Mitarbeiter/innen, die in den Jahren 2008 bis 2011 in Mutterschutz/Elternzeit gegangen sind, heruntergebrochen nach den einzelnen unter 1.) genannten Gerichte und die Staatsanwaltschaft?
17. Wie viele Planstellen gab es bei den unter 1.) genannten Gerichten und der Staatsanwaltschaft in den Jahren 2010 bis 2011 und wie viele waren davon jeweils nicht besetzt? Wie viele Stellen waren darüber hinaus aufgrund von längerfristiger Krankheit über 42 Tage in den genannten Jahren jeweils nicht besetzt?
18. Wie viele Nachlasspfleger und Betreuer sind im Land Bremen seit 2008 bis heute tätig? Wie viele Nachlasssachen und Betreuungssachen wurden seit 2008 bis heute pro Nachlasspfleger/Betreuer durchschnittlich im Jahr bearbeitet und wie viele Fälle hat ein Nachlasspfleger/Betreuer im Bundesdurchschnitt bearbeitet? Welchen Platz nimmt Bremen im Bund-Länder-Ranking ein.
19. Wie haben sich die Auslagen in Rechtssachen in der Jahren 2001 bis 2011 entwickelt.
20. Wie hoch war die durchschnittliche Vergütung je Nachlasspflegschaft/Betreuung in den Jahren 2008 bis 2011 jeweils?
21. Wie sieht die Altersstruktur an den unter 1.) genannten Gerichten und der Staatsanwaltschaft aus und wie viele neue Mitarbeiter/innen wurden in den letzten 10 Jahren jeweils eingestellt?
22. Wie hoch die Anzahl der Sitzungsstunden der Staatsanwälte und Richter in den unter 1.) genannten Gerichten und der Staatsanwaltschaft jeweils in den Jahren 2008 bis 2010?
23. Der Presse (z.B. WESER KURIER vom 31.8.2011, NORDSEE ZEITUNG vom 5.8.2011) ist zu entnehmen, dass z.B.
 - a. die gerichtliche Entscheidung über die Bewilligung eines Spezialrollstuhls für ein schwerstbehindertes Kind bis zu vier Jahre dauert,
 - b. dass es zu Vollstreckungsabschlägen infolge überlanger Verfahrensdauern gekommen ist,
 - c. dass Hauptverhandlungstermine beim Amtsgericht Bremerhaven/Strafsachen aufgehoben wurden, weil Protokollführer/innen fehlten,
 - d. dass die Rückstände in Kostensachen bei Grundbuchangelegenheiten beim Amtsgericht Bremerhaven bis in den Sommer 2010 zurückreichen und erhebliche Kosten, die bis zu einem sechsstelligen Betrag reichen, nicht geltend gemacht wurden,
 - e. dass die Wartezeiten auf Scheidungsurkunden beim Amtsgericht Bremerhaven zwei Monate, auf Grundbuchdokumente vier Monate betragen.

Sind die aufgeführten Fälle zutreffend? Handelt es sich dabei um Einzelfälle oder kann der Senat weitere Fälle benennen, in denen sich die Personalnot an den Gerichten und der Staatsanwaltschaft auf den Rechtsgewährungsanspruch der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar ausgewirkt haben?

24. Was hat der Senat unternommen, um die Ausfallzeiten aufgrund von Mutterschutz/Elternzeit zu kompensieren?
25. Gibt es sogenannte Springer in der Justiz, die bei kurzfristigen Personalengpässen eingesetzt werden können? Wenn nein, warum hat der Senat keine Springerstellen eingerichtet, obwohl sowohl der Richterverein als auch der Personalrat bzw. die Frauenbeauftragte der Staatsanwaltschaft dies vor Jahren beantragt haben?
26. Welche Anstrengungen hat der Senat unternommen, um die Kinderbetreuung für die Kinder der Mitarbeiter/innen an den Gerichten bzw. der Staatsanwaltschaft zu verbessern bzw. ist zeitnah mit der Einrichtung eines Betriebskindergartens, wie er bei der Polizei bereits existiert, zu rechnen?
27. Wie haben sich die Verfahrenseingänge bei den unter 1.) genannten Gerichte und der Staatsanwaltschaft im Jahre 2011 entwickelt und lässt sich daraus ein Trend entnehmen?
28. Wie viele Berichte nach der BESTRA wurden bei der Staatsanwaltschaft Bremen in den letzten zehn Jahren jeweils pro Jahr an den Senator für Justiz geschrieben?
29. Plant der Senat weitere Personalkürzungen im Justizbereich, wenn ja in welcher Höhe heruntergebrochen auf die unter 1.) genannten Gerichte und die Staatsanwaltschaft? Welche PEP-Quoten wurden für die unter 1.) genannten Gerichte und die Staatsanwaltschaft seitens des Finanzressorts für das Haushaltsverfahren 2012/13 ermittelt bzw. vorgeschlagen?

Gabriela Piontkowski, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU